

Seit einem Jahr sind wir nun als Arbeitskreis Säkularität und Humanismus des Parteivorstandes der SPD aktiv. Da wird es Zeit zu einer ersten persönlichen Begegnung mit allen interessierten Mitgliedern unseres Arbeitskreises. Deshalb haben wir Euch alle bereits vor einigen Tagen eingeladen zu unserer ersten



Jahrestagung des AKSH im Willy-Brandt-Haus

Die Einladung und das Programm der Tagung findest Du nochmals beigefügt. Bist Du schon angemeldet?

Bereits am Vorabend unserer Jahrestagung, am Freitag, den 27. Oktober treffen wir uns um 19.00 Uhr mit externen Gästen auf Einladung des Humanistischen Verbandes Berlin-Brandenburg im Haus des Humanismus (19.00 Uhr). An dieser Stelle schon einmal herzlichen Dank an den HVD für die Einladung!

Unsere Jahrestagung am Samstag befasst sich mit unserem Antrag an den Bundesparteitag zur „gleichberechtigten Teilhabe der religionsfreien Menschen in Staat und Gesellschaft“. In verschiedenen Workshops wollen wir die dort aufgeworfenen Themen diskutieren, ggf den Antrag ergänzen und auch über Umsetzungsschritte reden. Auch das Thema „Abschaffung der besonderen Staatsleistungen an die Kirchen“ sowie der weitere Aufbau unseres bundeweiten Netzwerkes wird uns am Nachmittag beschäftigen. Daneben ist natürlich Raum für Themen, die Dich besonders interessieren!

Wir freuen uns auf Dich!

Deine Bundessprecherinnen des AKSH

Aus Bund und Ländern:



AKSH für die Abschaffung des kirchlichen Sonderarbeitsrechtes – gemeinsam mit ver.di!

Die Bundessprecherin des AKSH, Sabine Smentek, hat am 20. September auf der 10. Ver.di-Fachtagung der Mitarbeitervertretungen (MAV) der Kirchen und kirchlichen Einrichtungen in Lübeck deutlich gemacht, dass die Abschaffung des kirchlichen Sonderarbeitsrechtes seit Jahren Beschlusslage der Partei ist. Smentek bezog sich auf eindeutige Parteitagsbeschlüsse und das vom AKSH im Frühjahr beschlossene Positionspapier, in dem es heißt: „Als Partei Arbeitnehmer*innen

stehen die Beschäftigten in den kirchlichen Einrichtungen und ihre Interessenvertreter*innen an erster Stelle. Der AKSH erwartet deshalb von der der SPD-Bundestagsfraktion und dem sozialdemokratischen Arbeitsminister, das entsprechende Gesetzgebungsverfahren jetzt zu starten.“

Bericht: Sabine Smentek



Foto (AKSH): Gruppe der Ver.di-Fachtagung in Lübeck



NRW-Landesparteitag befürwortet Arbeitskreis Säkularität und Humanismus



Foto (AKSH): Generalsekretär Frederick Cordes, MdL, die Co-Vorsitzenden Sarah Philipp, MdL und Achim Post, MdB mit AKSH-Sprecherin im Rhein-Sieg-Kreis, Charlotte Echterhoff-Nikolidakis.

Mit großer Mehrheit hat der Landesparteitag der Nordrhein-Westfälischen SPD dem Vorstand die Bildung eines Arbeitskreises Säkularität und Humanismus auch im bevölkerungsreichsten Bundesland ans Herz gelegt. Aufgabe des neugewählten Landesvorstandes wird es nun sein, diesen Arbeitskreis entsprechend Parteistatut § 10 (4) diesen AKSH in NRW einzusetzen.

In ihrer Parteitagsrede begründete die Sprecherin des regionalen AKSH im Rhein-Sieg-Kreis, Charlotte Echterhoff-Nikolidakis, die Notwendigkeit eines solchen Arbeitskreises auch auf Landesebene.

„Wir freuen uns auf eine konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit“, betonten Carmen Wegge und Sabine Smentek in ihren persönlichen Glückwunschschreiben an die Mitglieder des neugewählten

Landesvorstandes: „Gemeinsam stehen wir als SPD für Respekt, Solidarität und Toleranz. Dazu gehört auch das unbedingte Eintreten für Meinungs- und Religionsfreiheit für alle, die die Gesetze unseres Landes respektieren. Religionsfreiheit bedeutet natürlich auch die Freiheit, keiner Religion oder Weltanschauungsgruppe angehören zu müssen. Immerhin ist inzwischen die Hälfte der (wahlberechtigten) Bundesbürger in keiner der traditionellen christlichen Kirchen. Die Diskussion über die Verfehlungen des Klerus gerade in NRW fördert diese Tendenz und bedarf auch einer Antwort unserer Partei. Deshalb sehen wir es als unsere Aufgabe an, entsprechend Organisationsstatut der SPD, die Vorstände sachlich und fundiert zu beraten.“

Große Mehrheit fand auch ein Antrag unserer Bonner Genossen zur Umwandlung der Bekenntnisschulen in Gemeinschaftsschulen. „Wenn es in Bayern und Rheinland-Pfalz mit Hilfe von christlichen Parteien möglich war, die Streichung der Konfessionsschulen zu ermöglichen, sollte das auch in NRW realisiert werden können“, betonten die Antragsteller.

Hier gibt es noch immer Schulen in katholischer oder evangelischer Trägerschaft, die allerdings aus allgemeinen Steuern – und nicht aus den Kirchensteuern – finanziert werden. So ist es beispielsweise möglich, dass in dem kleinen Ortsteil Hangelar die katholische und die evangelische Grundschule auf demselben Grundstück sind. Die im selben Schulbus anreisenden Kinder müssen sich dann entsprechend der Konfession ihrer Eltern in den linken oder rechten Baukomplex verabschieden. Konfessionsfreie Eltern haben zu entscheiden, in welchen Bereich ihre Kinder unterrichtet werden und auf welchem der beiden Schulhöfe siemitspielen dürfen.

Bericht: Norbert Reitz



Drei große Themen beim Berliner Arbeitskreis

Drei große Themen standen in der vorigen Woche auf der Tagesordnung der Mitgliederversammlung des Berliner AK säkulare und humanistische Sozis als Video-Meeting. Matthias Krahe, Abteilungsleiter Bildung/Lebenskunde beim Humanistischen Verband Berlin-Brandenburg, berichtete vom massiven Rückgang bei den Teilnehmerzahlen am Religionsunterricht in fast allen Bundesländern und verstärktem Interesse an Alternativen. Besonders deutlich werde das in Berlin, wo alle religiös-weltanschaulichen Angebote wegen der Bremer Klausel absolut freiwillig sind, der Lebenskundeunterricht des HVD aber mit 73.000 den Religionsunterricht der evangelischen Kirche mit 69.000 Schüler*innen in diesem Jahr deutlich überholt hat.

Auch Mario Gembus, Vorstandsreferenten bei Ver.di (Bund) berichtete, dass es in den Kirchen erhebliche Diskussionen zum Arbeitsrecht und auch einige kleinere Reformen aufgrund der massiven Kritik aus der Gesellschaft gibt (z.B. spielt die sexuelle Orientierung in der katholischen Kirche keine Rolle mehr bei Einstellungen). Aber im Kern wollen sie ihre Privilegien erhalten und lehnen weiterhin das Betriebsverfassungsgesetz in ihren Einrichtungen ab. Eine Kommission aus Fachleuten soll den Bundestag zum weiteren Vorgehen beraten. Der AK Säkulare und Humanistische Sozis ist aufgefordert, die aktuelle Online-Petition von Ver.di zu diesem Thema zu unterstützen.

Alex Bischkopf, Prorektor der Humanistischen Hochschule Berlin berichtete, dass die Humanistische Hochschule des HVD in Berlin ihre staatliche Anerkennung erhalten hat und im Herbst ihren Betrieb mit drei Studiengängen aufnehmen kann: Lehrerausbildung in Lebenskunde, Soziale Arbeit und angewandte Ethik. Rektor ist der stellvertretende Vorsitzende des deutschen Ethikrates und SPD-Genosse Prof. Dr. Nida-Rümelin. Trotzdem gibt es noch immer Widerstand aus der Wissenschafts-verwaltung, die Hochschule nach den gleichen Bedingungen wie die beiden kirchlichen Hochschulen in Berlin zu fördern. Als neu in die SPD eingetretener Genosse gehört Bischkopf nun auch unserem Berliner AK an.

Abschließend wurde u.a. auf eine Anhörung zum Schwangerschaftsabbruch und zur Reproduktionsmedizin am 15.11.23 in Berlin hingewiesen, bei der 3 Bundesministerien involviert sind. Unsere Bundessprecherin und MdB Carmen Wegge ist Berichterstatteerin für den Bereich Justiz.

Bericht: Dr. Bruno Osuch



Was spricht für Trennung von Kirche und Staat

In einer ersten öffentlichen Mitgliederversammlung des neuen AKSH im Rhein-Sieg-Kreis befasste sich Ingrid Matthäus-Maier am 20.10.23 mit den Aufgaben und Zielen der Säkularen und Humanistischen Arbeitskreise der SPD.

„Es besteht keine Staatskirche“ heißt es in Art. 137 (1), der in unserem Grundgesetz Gültigkeit besitzt, referierte sie. Dennoch gebe es bis heute viele Verquickungen zwischen Kirche und Staat. Sie nannte es eine „hinkende Trennung“, denn:

- ➤ Jeder Steuerzahler finanziert über „Staatsleistungen“ aus allgemeinen Steuermitteln und nicht aus den Kirchensteuern (Mitgliedsbeiträgen) Kirchenbeschäftigte.
- ➤ Vom kirchlichen Arbeitsrecht sind ca. 1,5 Mio. Beschäftigte betroffen. Bei einer Wiederheirat nach Scheidung droht möglicherweise die Entlassung.
- Es gibt in NRW ca. 900 Bekenntnisschulen, die SchülerInnen mit unpassendem *Bekenntnisabweisen dürfen, obwohl der Staat diese Schulen zu 95 % finanziert.*



Foto (AKSH): Ingrid Matthäus-Maier bei ihrem Vortrag

Das sind nur Beispiele, die im Anschluss an den Vortrag von den Teilnehmern aus allen Teilen des SPD-Unterbezirks und aus Bonn diskutiert wurden. Im Grunde, so ihre Überzeugung, ist der Staat

seit der Weimarer Verfassung (1918) in der Pflicht, kirchliche Privilegien abzubauen und die Trennung von Kirche und Staat zu fördern. Was tun, fragte sie? Sich informieren, diskutieren, Öffentlichkeit herstellen und Missstände verändern. Hierfür war diese Veranstaltung ein gelungener Auftakt.

Bericht: Marius Schött

Buchtips:



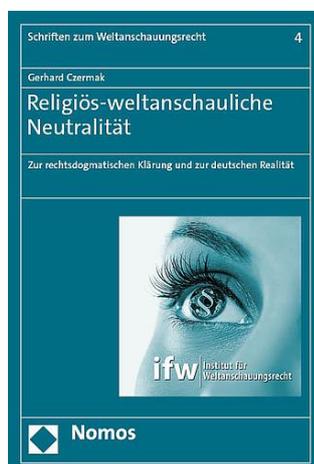
Peter Brandt / Detlef Lehnert

Eine kurze Geschichte der deutschen Sozialdemokratie

Dieser Band bietet einen knappen und aktuellen Blick auf mehr als 160 Jahre wechselhafter Geschichte der Sozialdemokratie in Deutschland – von den Anfängen der Arbeiterbewegung um die Mitte des 19. Jahrhunderts bis in unsere Gegenwart. Er stellt die Entwicklungsgeschichte und das Selbstverständnis der Sozialdemokratie auf wissenschaftlicher Grundlage kurzweilig, informativ und kenntnisreich dar.

Der Historiker Peter Brandt und der Politikwissenschaftler Detlef Lehnert erzählen die langen Linien der Parteigeschichte für ein breiteres Publikum, erläutern die unterschiedlichen Perioden und deren Rahmenbedingungen. Mit kritischer Sympathie tragen sie dabei auch den innerparteilichen Strömungen und Führungspersonen Rechnung und liefern ein umfassendes Bild der ältesten demokratischen Partei Deutschlands.

Dietz-Verlag Bonn, 244 Seiten, Broschur
20,00 Euro
ISBN 978-3-8012-0646-8
Erscheinungstermin: August 2023



Gerhard Czermak

Religiös-weltanschauliche Neutralität.

Zur rechtsdogmatischen Klärung und zur deutschen Realität

Das Buch will den Begriff von seiner theoretischen Überfrachtung und Unbestimmtheit befreien, um anhand des GG von einem konsistenten einfachen Begriff anhand der zahlreichen und umstrittenen Anwendungsgesichtspunkte zustimmigen und konsequenten Einzelbeurteilungen zu gelangen.

Nomos, 2023, 194 Seiten, broschiert, € 59,00
ISBN 978-3-7560-1201-5